Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1330. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 235. Donnerstag, 6. Oktober 1932, abends. 85. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Keine Londoner Konferenz?

Die Folge der französischen Politik.

Kraftprobe?

Rettungsaktion für die Abrüstungskonferenz.

Zum ersten Mal soll jetzt das Gentlemans-Agreement von Lausanne seine Feuerprobe bestehen. Unter Berufung auf die darin enthaltene Vereinbarung, bei etwa auftauchenden Fragen zu schiedlich friedlichen Verhandlungen zusammenzutreten, will insbesondere der englische Außenminister eine Rettungsaktion für die vom endgültigen Scheitern bedrohte Abrüstungskonferenz zustandebringen. Dem englischen Außenminister liegt ganz besonders viel an einer solchen Rettung der Abrüstungskonferenz, da das englische nationale Konzentrationskabinett MacDonald nach der Erschütterung durch das Absplittern der Samuel-Liberalen die Prestigeeinbuße durch die Ergebnislosigkeit der von MacDonald so stark betriebenen Abrüstungskonferenz schwerlich überstehen würde. Schon die Umgruppierung der englischen Seestreitkräfte unter Hinweis auf die zu Ungunsten Englands veränderte maritime Situation an den europäischen Küsten hat erkennen lassen, daß die Admiralität — von jeher eine der mächtigsten politischen Gruppen innerhalb Englands — beginnt, sich auf eine neue Lage einzurichten und schon glaubt, die daraus sich ergebenden Notwendigkeiten bereits jetzt vorwegnehmen zu können.

Von diesem Gesichtspunkt aus ist die ungewöhnliche Aktivität des englischen Außenministers zu beurteilen. Von hier aus aber droht auch die Gefahr, daß, soweit davon überhaupt noch die Rede sein kann, die Initiative in der Abrüstungsfrage England entgleitet, denn der Bittende ist immer der Schwächere, und Herriot, der sich eben erst noch gerühmt hat, dem Ansturm der Vertreter der Großmächte auf Herbeiführung vertraulicher Besprechungen in Genf erfolgreich widerstanden zu haben, dürfte auch die Bemühungen Simons um das Zustandekommen einer solchen vertraulichen Besprechung unter etwas veränderten Umständen nach allen Kräften zur Geltendmachung des französischen Standpunktes ausnutzen. Aus dieser Starrsinnigkeit Frankreichs und der Beflissenheit Englands um das Zustandekommen der Rettungsaktion für die Abrüstungskonferenz ergibt sich, in Verbindung mit der Hervorholung des Gentlemans-Agreement die weitere ernste Gefahr, daß man schließlich versuchen wird, auf Deutschland einen Druck auszuüben und ihm gegebenenfalls die Schuld an dem Scheitern des einen und des anderen Unternehmens zuzuschieben.

Man unterschätze die politische Bedeutung solcher taktischen Mätzchen nicht! Alles was jetzt geschieht, ist nur zu gut verwendbar für die Konstruktion einer neuen Schuldlüge, denn es gibt nach der Berufung auf das Gentlemans-Agreement schwerlich noch einen hieb- und stichfesten Grund für Deutschland, die Teilnahme an der von Simon angeregten Fünfer-Konferenz abzulehnen. Das einzige, was Deutschland als Voraussetzung für seine Teilnahme an dieser Rettungsaktion für Genf wird fordern müssen, worauf es auch ohne Gefahr wird bestehen können, ist die Festlegung eines klaren konkreten Programms, dessen Aufstellung der Möglichkeit vorbeugen muß, das im Rahmen dieser Fünferkonferenz irgendwie schon die Ergebnisse, zu deren Erzielung die Genfer Abrüstungskonferenz berufen ist, präjudiziert werden. Die Bedingungen, die — wie die englische Presse wissen will — der französische Ministerpräsident an seine Einwilligung zur Teilnahme an der Fünfer- oder Vierer-Konferenz (falls die USA sich fernhalten) geknüpft hat, lassen deutlich die drohenden Komplikationen erkennen. Zwar soll Herriot sich auch auf den Standpunkt gestellt haben, daß diese Konferenz keine Entscheidungen treffen würde, doch ist der alten französischen Intransigenz Tür und Tor geöffnet, wenn Herriot die Bedingungen stellen will, Deutschland solle vor Einberufung der Konferenz eine Garantie abgeben, daß es von jetzt ab loyal und ehrlich mit der Abrüstungskonferenz zusammenarbeiten wolle.

Das ist, wie gesagt, die Darstellung der englischen Presse. Man wird abwarten müssen, inwieweit diese Darstellung und Formulierung zutrifft. Sollte Herr Herriot die zitierten Formulierungen tatsächlich verwandt haben, so wäre das mehr als eine Neuauflage der alten französischen Intransigenz, es wäre, gelinde gesagt, eine Unverfrorenheit. Denn wenn überhaupt einer der an der Abrüstungskonferenz beteiligten Staaten der Abrüstung praktisch gedient und die Idee der Abrüstung ehrlich verfochten hat, so ist es Deutschland gewesen. Aber man braucht sich gar nicht an Worte zu klammern; man erkennt auch an anderen Momenten, das die Scheinfreunde der Abrüstung sich darauf vorbereiten, eine Kraftprobe, eine Nervenprobe anzustellen. Diese Taktik rechtzeitig erkannt zu haben, heißt beinahe schon, der durch sie heraufbeschworenen Gefahr entgangen zu sein.

London läßt seinen Konferenzvorschlag fallen.

Unmögliche Bedingungen Herriots.

Auch Polen sollte über Deutschlands zukünftiges Schicksal entscheiden.

Berlin, 6. Oktober.

Nach den letzten Londoner Meldungen scheint es, daß die Engländer auf die Abhaltung der Londoner Konferenz verzichten werden. Das ist nach Auffassung deutscher Kreise das Ergebnis der Herriotschen Politik, die sich der Londoner Konferenz gegenüber genau so einstellt, wie vorher zu der deutschen Forderung auf Gleichberechtigung. Deutschland ist so weit entgegengekommen, daß es sogar bereit war, die Zuziehung anderer Mächte in Kauf zu nehmen, obgleich sich dadurch das Verhandlungsthema verschieben mußte. Wenn die Konferenz trotz dieser konzilianten Haltung Deutschlands scheitert, ehe sie überhaupt zustande gekommen ist, so also doch nur deshalb, weil Herriot es grundsätzlich ablehnt, auf die für Deutschland unerträglichen Diskriminierungen zu verzichten.

Es würde für die Reichsregierung keine Ueberraschung bedeuten, wenn die Abrüstungskonferenz nun ohne Deutschland weitergeführt wird, wie es nach dem Scheitern des MacDonaldschen Vermittlungsversuchs die Absicht der englischen Regierung zu werden scheint. Im Gegenteil kann man feststellen, daß die Reichsregierung damit von vorherein rechnet. Das geht schon aus der bekannten offiziellen Erklärung Deutschlands hervor, in der es heißt, daß die deutsche Regierung die weiteren Arbeiten der Abrüstungskonferenz mit Interesse verfolgen werde. Eine neue Lage würde also bei der Fortführung der Abrüstungskonferenz gegenüber dem, was wir erwartet haben, nicht eingetreten sein. Dabei ist man sich auch auf der Gegenseite darüber im Klaren, daß die Abrüstungskonferenz ohne Deutschland ein Torso ist und niemals zu wirklich entscheidenden Ergebnissen gelangen kann, die geeignet sind, eine Befriedung der Welt herbeizuführen. So ist ganz offensichtlich auch die englische Auffassung zu bewerten, die ausdrücklich die Hoffnung unterstreicht, Deutschland doch noch wenigstens zu einem späteren Termin zur weiteren Mitarbeit bewegen zu können.

*** London. In politischen Kreisen Londons herrschte am Mittwoch abend fast durchweg der Eindruck, daß die englische Regierung den Plan einer Londoner Konferenz, auf der zwischen den vier Mächten England, Deutschland, Frankreich und Italien die deutsche Gleichberechtigungsforderung besprochen werden sollte, nicht mehr weiter verfolgen wird. Die von Herriot vorgebrachten Einwände ließen keine Hoffnung mehr auf eine französische Zustimmung.**

Eine amtliche englische Mitteilung darüber, daß die Konferenz nicht stattfinden wird, ist in London noch nicht ausgegeben worden, vielmehr wird erklärt, daß die Angelegenheit noch erwogen würde.

*

Herriots Bedingungen. Teilnahme Belgiens und Polens?

* London. Zu der **Unterredung zwischen Herriot und Sir John Simon** wird von der „News Chronicle" ergänzend gemeldet, daß der französische Ministerpräsident zwar grundsätzlich den Vorschlag einer Konferenz angenommen, daran aber **verschiedene Bedingungen geknüpft** habe:

1. Er würde eine Konferenz in Genf einer Zusammenkunft in London vorziehen.

2. Er wünsche, daß die kleineren Staaten ihre Zustimmung zu der Konferenz geben sollen.

3. Die Konferenz dürfe keine Entscheidungen treffen, sondern solle sich auf den Entwurf von Entschließungen und die Vorbereitung von Lösungsvorschlägen beschränken, die von der Abrüstungskonferenz zu ratifizieren wären.

4. Deutschland solle vor Einberufung der Konferenz eine Garantie abgeben, daß es von jetzt an loyal und ehrlich mit der Abrüstungskonferenz zusammenarbeiten will.

Dem **Pariser Korrespondenten der „Daily Mail"** zufolge hat Herriot sein Einvernehmen mit den englischen Besorgnissen über das Schicksal der Abrüstungskonferenz und die Notwendigkeit zur Weiterführung der Verhandlungen zum Ausdruck gebracht, hat aber gleichzeitig auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die sich der Einberufung einer Konferenz nach London entgegenstellen. Er habe noch einmal die ernste Auffassung zum Ausdruck gebracht, die man in Frankreich von der Lage habe und erklärt, daß Frankreich niemals einer Lösung zustimmen könne, die darauf hinauslaufe, **Deutschland die rechtliche Erlaubnis zur Wiederbewaffnung zu geben oder durch Herabsetzung der französischen Rüstungen eine theoretische Gleichheit zwischen der französischen und deutschen Landmacht schaffen würde.**

Der **Pariser Korrespondent der „Morning-Post"** berichtet, daß der **englische Außenminister angeboten habe, auch Belgien und Polen zu der Londoner Konferenz einzuladen,** so daß Frankreich sich nicht isoliert fühlen würde. Herriot habe daran erinnert, daß der Völkerbundsrat die einzige Stelle für die Erörterung der deutschen Ansprüche sei. Es sei Sache Deutschlands, von sich aus wieder den Anschluß an die Abrüstungskonferenz zu finden. Nach englischer Auffassung sei sicher, daß keine Entscheidung über ein Rüstungsabkommen getroffen werden könne, solange Deutschlands Absichten unsicher seien. Eine Abrüstungsvereinbarung ohne Mitwirkung Deutschlands zu entwerfen, sei in keinem Falle möglich, solange Deutschland sich fernhalte. Der Zweck der Londoner Konferenz würde sein, Deutschland wieder zur Mitarbeit zu bewegen.

*

Die von England vorgeschlagene Verhandlungsgrundlage für die „Gleichberechtigungskonferenz".

* Paris. Der englische Vorschlag einer Fünfmächtekonferenz beschäftigt nach wie vor die öffentliche Meinung, ohne daß jedoch das amtlicherseits beobachtete Schweigen irgendwie gebrochen würde. Bisher scheint noch kein endgültiger Beschluß gefaßt worden zu sein. Den **englischen Vorschlag** faßt man in Paris in **folgenden fünf Punkten** zusammen:

1. Grundsätzliche Annahme der Gleichheit des Militärstatus, ohne das daraus eine Aufrüstung folgt.

2. Die Gleichheit wird durch allmähliche Abrüstung der am stärksten gerüsteten Mächte erreicht. (Angleichung nach unten.)

3. Die Gleichheit des Militärstatus bedeutet nicht mengenmäßige Gleichheit.

4. Wenn Deutschland das Recht zuerkannt wird, alle Waffengattungen zu besitzen, darf Deutschland deswegen noch nicht ebensoviel Waffen besitzen wie die ehemaligen Verbündeten.

5. Die im Versailler Vertrag vorgesehenen Beschränkungen sollen mit noch vorzunehmenden Aenderungen in das neue Abrüstungsabkommen aufgenommen werden.

Dieses englische Programm stößt in **Paris** zunächst noch auf eine **Reihe von Vorbehalten.** Daher fordert der halbamtliche **„Temps"** seine genaue Prüfung, um alle Mißverständnisse auszuschließen. Der Temps meint allerdings, daß die englische Formel keine ernsten grundsätzlichen Einwände zulasse. Diese Aeußerung des dem Quai d'Orsay nahestehenden französischen Blattes bestätigt die Annahme, daß Herriot sich den englischen Vorstellungen nicht hat verschließen können, daß er aber bestimmte Sicherungen verlangt hat, über die noch ein Meinungsaustausch im Gange ist.

*

Was wird in London?

Berlin. (Funkspruch.) **Zu den verschiedenen Aeußerungen der in- und ausländischen Presse über die Frage, ob die Londoner Konferenz überhaupt noch zustandekommen wird, wird von unterrichteter Seite festgestellt, daß tatsächlich das Schicksal der Londoner Konferenz noch völlig unklar und noch nicht entschieden ist, ob die Konferenz überhaupt stattfindet oder nicht. Die deutsche Regierung erwartet auf alle Fälle einen Bescheid der englischen Regierung, da ja England als einladende Macht Deutschland eine Mitteilung machen muß.**

Von dieser Mitteilung wird es auch abhängen, ob sich das Reichskabinett in seiner morgigen Sitzung mit der ganzen Frage beschäftigen wird. Sollte im Laufe des Tages eine Mitteilung der englischen Regierung eingehen, daß die Konferenz nicht stattfindet, dann ist naturgemäß eine Kabinettsberatung dazu völlig überflüssig. Bleibt diese Mitteilung aber bis morgen aus, so wird das Reichskabinett zur Frage der Londoner Konferenz Stellung nehmen. **Der deutsche Standpunkt an sich ist völlig klar. Deutschland ist nach wie vor selbstverständlich bereit, der Einladung Folge zu leisten, wenn die bekannten Voraussetzungen erfüllt werden.**

SLUB Wir führen Wissen.